Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/1022

30. 03. 95

Entschließungsantrag

der Fraktionen der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P.

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
— Drucksachen 13/382, 13/828 (neu) —

Entwurf eines Gesetzes zu dem Beschluß des Rates vom 31. Oktober 1994 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Beratungen zum Zustimmungsgesetz für den EU-Eigenmittelbeschluß vom 31. Oktober 1994 geben dem Deutschen Bundestag Anlaß zu einer kritischen Würdigung der deutschen Finanzbeziehungen zu der Europäischen Union.

Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß die deutschen Bruttoleistungen an die Europäische Union in den letzten Jahren weitaus stärker gestiegen sind als die Ausgaben und Einnahmen des Bundeshaushalts.

Auch die Entwicklung der deutschen Nettoposition gibt Anlaß zur Sorge. Die gegenwärtige Lastenverteilung, bei der die Bundesrepublik Deutschland über zwei Drittel des Nettoressourcentransfers über den europäischen Haushalt bestreitet, ist einseitig und integrationspolitisch problematisch. Sie macht die Union praktisch von einem Partner finanziell abhängig, sie überfordert auf Dauer den betreffenden Mitgliedstaat.

Daher unterstützt der Deutsche Bundestag die Bundesregierung bei ihrem Bemühen, in der Europäischen Union die folgenden Ziele zu erreichen:

1. Das künftige Ausgabenwachstum des europäischen Haushalts und damit die deutschen Bruttoleistungen müssen begrenzt werden durch Wahrung strikter Haushaltsdisziplin, insbesondere durch die konsequente Anwendung des Grundsatzes der Subsidiarität, die strenge Prüfung neuer Programme und die Durchforstung bestehender Unionsausgaben. Auch die Personalausgaben der Union gehören auf den Prüfstand. Der europäische Haushalt darf sowohl aus finanzwirtschaftlichen Grün-

den als auch aus Gründen der europäischen Akzeptanz nicht von den Konsolidierungsanstrengungen der Mitgliedstaaten ausgenommen werden. Eine Kreditfinanzierung von Unionsaufgaben soll auch zukünftig ausgeschlossen sein.

2. Bei unabweisbaren Ausgaben der Union ist auf eine Verbesserung der Rückflüsse in die Bundesrepublik Deutschland hinzuwirken.

3. Die Bemühungen um die wirksame Verhinderung von Betrug und Mißbrauch zu Lasten des Unionshaushalts müssen in allen Mitgliedstaaten entschlossen vorangebracht werden. Hierzu gehört die Ausarbeitung einer weniger betrugsanfälligen Förderpraxis der Europäischen Union und eine effiziente Mittelverwendung und Rechnungsprüfung.

4. Über diese unmittelbaren Maßnahmen hinaus bedürfen die Einnahmen und Ausgaben der Union mit Blick auf ihre Aufgaben der kommenden Jahre einer grundsätzlichen Neuordnung, die zu einer gerechteren Lastenverteilung unter den Mitgliedstaaten und dem Wegfall des britischen Beitragsrabattes führen muß.

   Der Deutsche Bundestag bittet daher die Bundesregierung, frühzeitig vor der 1999 notwendigen Überprüfung der Finanzierung der EU-Vorstellungen für diese Reform zu entwickeln und diese in die Diskussion mit den Unionsorganen und den Partnerstaaten einzubringen.

Der Deutsche Bundestag erkennt die herausragende Bedeutung der europäischen Integration für den Frieden und die Stabilität in Europa sowie für den Wohlstand in den Mitgliedstaaten an. Gleichwohl müssen auch die Finanzbeziehungen zwischen der Europäischen Union und der Bundesrepublik Deutschland auf Dauer von einem fairen Interessenausgleich geprägt sein.

Bonn, den 30. März 1995

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Rudolf Scharping und Fraktion

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333